

# Pressemitteilung



PM 18-2009  
17.02.2009  
kew/ske  
[www.hessen.dgb.de](http://www.hessen.dgb.de)

## **Scharfe Kritik an Polizeiführung - DGB Hessen-Thüringen fordert Aufklärung von beteiligten Innenministern**

Nach dem Neonazi-Überfall auf Gewerkschafter aus Nordhessen am Sonntagabend auf der Autobahnraststätte Jena hat der Vorsitzende des DGB Hessen-Thüringen scharfe Kritik an der Polizeiführung in Thüringen geübt. Ihm sei unerklärlich, wie angesichts des massiven Aufmarschs von Rechtsextremen in Dresden dem Thüringer Innenministerium eine so krasse Fehleinschätzung der tatsächlichen Gefahren und Gefährdungslage für Demonstranten auf der Gewerkschaftsseite unterlaufen konnte. Jedes Fußballspiel, jedes Radrennen, so Körzell, werde besser geschützt als Menschen, die ihr verfassungsrechtlich verbrieftes Grundrecht auf Demonstration wahrnehmen würden. Zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextreme und deren Schlägertruppen werde damit konterkariert und der Kampf gegen Rechts behindert.

Körzell warf die Frage auf, warum nach dem Ende der Kundgebung und Demonstration unter dem Motto „Geh-Denken“ die Polizei in Dresden es bereits für überflüssig erachtet hatte, die Abfahrt der Busse zu überwachen und speziell die Busse mit den Rechtsextremen aus allen Teilen der Republik zu observieren. Der Vorsitzende des DGB Hessen-Thüringen: „Es ist nicht erst seit gestern bekannt, dass diese braunen Schlägertruppen es darauf anlegen zu provozieren und Gewalt gegen Andersdenkende anzuwenden. Die Polizeiführung kann doch nicht so blauäugig sein, im Falle Dresden von lammfrommen Demonstranten aus der rechten Szene auszugehen“.

Die bisherigen Erfahrungen hätten gezeigt, dass die Rechtsextremen es auf ein regelrechtes Zusammentreffen, etwa mit Gewerkschaftern, anlegen, um anschließend über das Internet mit ihren vermeintlichen Großtaten zu prahlen. Wer halbwegs das Ohr an der rechtsextremen Szene habe und die Innenministerien hätten dies zweifellos, hätte keiner hellseherischen Fähigkeiten bedurft, um das Aufeinanderprallen von Neonazis und Gewerkschaftern vorauszusehen. Spätestens am Sonntagmorgen sei das Innenministerium in Thüringen vorgewarnt gewesen, da es bereits bei der Abfahrt von Bürgerinnen und Bürgern aus Weimar nach Dresden Angriffe von rechtsextremen Gruppierungen gegeben habe.

Beunruhigt zeigte sich Körzell über die Tatsache, dass vier der rechtsextremen Verdächtigen vom Sonntag aus dem Landkreis Bergstrasse stammen. Dies bestätige die seit längerem vom DGB gehegte Vermutung, dass die in diesem Landkreis

agierenden Neofaschisten als besonders gewalttätig eingestuft werden müssen. Hessens Innenminister Bouffier forderte Körzell auf, die rechtsextremen Verbindungen aufzudecken und klare Konsequenzen mit deren Verbot zu ziehen. Der hessische Innenminister müsse endlich Farbe bekennen, wie es die Landesregierung mit dem braunen Mob halte. Mit Genugtuung habe er zur Kenntnis genommen, dass die Operation des schwerverletzten Kollegen aus dem Schwalm-Eder-Kreis gut verlaufen sei. Der DGB werde den Genesungsverlauf verfolgen und habe dem betroffenen Kollegen bereits Unterstützung angeboten.

Die aus Sicht der Gewerkschaften gefährliche Entwicklung in der Gesellschaft, durch das zunehmende öffentliche Auftreten und Aufmarschieren rechtsextremistischer Gruppierungen und der damit verbundenen Gewalttätigkeit, dürfe auf keinen Fall hingenommen werden. Körzell: „Alle Menschen, denen das hohe Gut der Demokratie wichtig ist, müssen gemeinsame Auftritte von rechtsextremen und neofaschistischen Gruppen verhindern.“